

# Stellungnahme des SDS zu Springer

Die demokratische Öffentlichkeit ist zerstört. Die ökonomische Konzentration, Oligopolbildung und Monopolisierungstendenzen in der Presse machen das Grundrecht der Informations- und Meinungsfreiheit zum Exklusivrecht weniger privater Großverleger. Die Organisation der Presse als privates Profitunternehmen und ihrer überwiegenden Finanzierung durch die Industrie- und Verbrauchswerbung stellen die Kommunikationsmittel in den Dienst der Manipulation. Die Unterwerfung der Journalisten unter die publizistischen Direktiven der Verleger und autoritärer Verwaltungskörperschaften bei unzureichender arbeitsrechtlicher Sicherung mindert ihre Kritikfähigkeit und führt zu einem System der Selbstzensur. Publizistische Formen psychologischen Zwangs werden hergestellt, ihre Adressaten zu Hörigen degradiert. Das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten wird zum Vehikel der Entmündigung verkehrt. Presse, Funk, Fernsehen und Film bauen eine Scheinwelt auf, in der die "geheimen Verführer" privatkapitalistischer Wirtschaftsinteressen und politischer Herrschaftsansprüche die Bedürfnisse der Massen funktionell binden und zu psychischer Verelendung und Zerstörung politischer Urteilskraft führen. Die politische Publizistik, insbesondere die auf die Arbeitnehmer ausgerichtete, wird als zwanghaftes Konsumgut geformt, das seine Leser in abhängiger Passivität hält. Politische Sachverhalte werden personalisiert und auf ihre äußeren Vorgänge reduziert. Unter dem Schein der Objektivität werden Nachrichten beliebig gemacht, unterdrückt, vereinzelt und verzerrt.

Der SDS tritt deshalb für eine allgemeine Umwandlung der Institutionen der öffentlichen Meinungsbildung ein, die von folgenden Grundsätzen ausgehen soll:

1. Befreiung der Presse vom Meinungsmonopol und vom Diktat des Profitinteresses durch ihre Entflechtung und Überführung in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle.
2. Abschaffung der Konsumpropaganda und ihr Ersatz durch söhngerechte Verbraucherinformation.
3. Unabhängigkeit der Presse, des Rundfunks und Fernsehens von der öffentlichen Gewalt und die Garantie ihrer Kritikfähigkeit gegenüber deren Instanzen.
4. Sicherung der Journalisten gegen wirtschaftliche und politische Pressionen. Demokratische Selbstbestimmung der Redaktionen.
5. Materielle und juristische Verankerung des Rechts für jede politisch, sozial oder kulturell relevante und demokratische Gruppe, in der ihr angemessenen Weise, unabhängig von wirtschaftlicher Beschränkung, ihre Forderungen zu artikulieren und ihre Auffassungen zu publizieren.

Die innerer Notwendigkeit hat sich auch der Kopf der Studentenbewegung in ihrer anti-autoritären und anti-imperialistischen Kampfbewertungen für eine Demokratisierung der Gesellschaft an der Parole "Enteignet Springer" kristallisiert. Seitdem der politische Konsens nicht mehr nur in unwichtigen Randfragen brüchig zu werden beginnt, seitdem sich besonders in den von der Krise am meisten betroffenen Sektoren der Gesellschaft das Bedürfnis nach kollektiver Aktion bemerkbar macht, wird immer deutlicher, daß es die Verfügung Weniger über die Kommunikationsmedien ist, welche die Artikulation oppositioneller Forderungen unmöglich macht, welche den von der Krise Bedrohten die Information über die Ursache ihrer Bedrohung und die Bedingungen der Befreiung vorenthält.

Die propagandistische Vorhut des herrschenden Antikommunismus, der am Ende des Kalten Krieges in Europa seine Aggressivität nach innen verschärft, ist der Springer-Konzern. Springer ist nicht allein durch die Tatsache der größten publizistischen Macht zur sichtbarsten Verkörperung der Manipulation geworden. Die Größe seines Unternehmens (39% der gesamten deutschen Presse, 82% der überregionalen Presse und 90% aller Sonntagszeitungen) fällt mit seiner Funktion zusammen, Garant und Propagandist des sozialen Scheinfriedens zu sein. Dementsprechend bereitete Springer die Große Koalition vor, welche die sogenannte pluralistische Demokratie endgültig als die in der Form der Herrschaftsausübung plurale Fassung eines Einparteiensystems entlarvte. So wie die Große Koalition die Ideologie vom Gleichgewicht der Kräfte als Garantie der Freiheit zerstörte und an ihre Stelle die Ideologie von der konzertierten Aktion als Garant der Stabilität setzte, so entlarvte Springers Kampagne gegen die anti-autoritären Kräfte die bundesrepublikanische Meinungsfreiheit als das Recht des wirtschaftlich stärksten Verlegers auf die Zerstörung dieser Freiheit. Die Verhetzung der Berliner Bevölkerung gegen die Studenten, bis zur Aufforderung zum Totschlag, zeigt an, daß das spätkapitalistische System gegen diejenigen mit offener Unterdrückung vorgehen muß, welche beginnen, den Schleier von der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu ziehen und die bestehende Herrschaft direkt anzugreifen. Unter dem Druck der Krise wird die Mobilmachung gegen den "inneren Feind" konkret.

Die Auswirkungen dieser Mobilmachung gegen den "Volksfeind" Rudi Dutschke sind bekannt. Was Donnerstag nachmittag auf dem Kurfürstendamm in Berlin geschah und darauf folgenden Reaktionen kamen nicht überraschend.

S p r i n g e r s c h a f f t d a s K l i m a , a u s d e m d a s A t t e n t a t i n B e r l i n e r s t e r k l ä r b a r w i r d .

Der SDS ruft alle kritischen Journalisten auf, in ihren Publikationen zur Aufdeckung und Zersetzung autoritärer Publizistik ständige Pressekritiken einzurichten und dadurch verzerrende und unwahre Berichterstattung zu entlarven. Darüberhinaus fordert er alle anti-autoritären Publizisten zur Mitarbeit an demokratischen Urzeitungen auf, die in dieser Kampagne eine unmittelbar demokratische Öffentlichkeit artikulieren werden.

ES KOMMT DARAUFG AN, EINE AUFGEKLÄRTE GEGENÖFFENTLICHKEIT ZU SCHAFFEN!  
DIE DIKTATUR DER MANIPULATEURE MUSS GEBROCHEN WERDEN!

---

Verantwortl.: Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS), Von-Melle  
Park 17, Arwed Milz.  
Druck: Eigendruck